

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

Europaausschuss

18. WP - 15. Sitzung

am Mittwoch, dem 4. September 2013 um 10:00 Uhr,
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)38

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Ekkehard Klug (FDP)

Angelika Beer (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mündliche Anhörung Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!	4
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/849	
2. Schwerpunkte der Litauischen Ratspräsidentschaft	14
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)	
3. Prüfung der Wahrung der Subsidiarität	16
Umdruck 18/1659 Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates (KOM(2013) 580)	
Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)	
4. Veranstaltungen des Europaausschusses	17
5. Bundesratsangelegenheiten	18
6. Verschiedenes	19

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Vor Eintritt in die Tagesordnung kommt der Europaausschuss auf Vorschlag von Abg. Beer überein, den Antrag der Fraktion der PIRATEN betreffend Schleswig-Holstein setzt sich für mehr Transparenz im Bundesrat ein, Drucksache 18/923, im Wege des Selbstbefassungsrechts in seiner nächsten Sitzung am 23. Oktober 2013 zu behandeln. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Mündliche Anhörung
Regionale Kompetenz erhalten und nutzen!

Antrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/849](#)

(überwiesen am 29. Mai 2013 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Europa-

ausschuss)

hierzu: [Umdrucke 18/1376, 18/1432, 18/1453, 18/1470, 18/1473, 18/1497, 18/1500, 18/1506, 18/1507, 18/1523, 18/1525, 18/1553, 18/1554, 18/1594, 18/1610](#)

Herr Dr. Nägele, Staatssekretär im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, führt einleitend aus, dass man vonseiten der Landesregierung derzeit damit beschäftigt sei, das Operationelle Programm für den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) für die kommende Förderperiode von 2014 bis 2020 vorzubereiten. Der EFRE werde sich in der kommenden Förderperiode in der Ausgestaltung für Schleswig-Holstein deutlich verändern. Der zukünftige Schwerpunkt liege auf den Themenfeldern Innovation, Forschung und Entwicklung, besonders im Zusammenhang mit der Energiewende. Die Europäische Kommission habe konsequent unterbunden, zum Beispiel die Förderung von Infrastruktur über den Europäischen Fonds für regionale Entwicklung möglich zu machen, diese Neuregelung gelte auch für andere Bundesländer. Dies betreffe auch zum Beispiel das Thema des Breitbandausbaus. In den derzeitigen Überlegungen stünden im Operationellen Programm drei Prioritätsachsen im Vordergrund, die Förderung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von kleinen und mittleren Unternehmen sowie die Förderung der Bestrebungen zur Verringerung der CO₂-Emission in allen Branchen der Wirtschaft. Diese drei Schwerpunkte müssen mit mindestens 80 % der Mittel belegt werden, darüber hinaus gebe es weitere Vorgaben. 4 % der Mittel stünden für technische Hilfe und somit auch für die Abwicklung der Förderprogramme zur Verfügung, in diesem Zu-

sammenhang gebe es den ausdrücklichen Wunsch der Kommission, bestehende Strukturen zu verschlanken. Die Kommission habe mehrfach deutlich gemacht, dass sie es begrüßen werde, wenn das Land die verbleibenden 16 % der Mittel auf die bereits genannten Schwerpunktfelder verteilen könne. Sollte sich das Land dazu entschließen, eine vierte Prioritätsachse aufzubauen, könne sich die Kommission dies nur vorstellen, wenn dies im Rahmen des Programms Integrierte Territoriale Investitionen (ITI) geschehe. Dies sei ein auf Wettbewerb basierendes, der Stadt- und Regionalentwicklung dienendes, programmatisches Konzept, das auf regionaler Ebene umgesetzt werde. Innerhalb Schleswig-Holsteins solle in diesem Rahmen ein Wettbewerb stattfinden, an dem Kommunen teilnehmen könnten, das Land fördere mithilfe europäischer Mittel dann die Umsetzung vor Ort.

Die regionalen Geschäftsstellen – so führt Staatssekretär Dr. Nägele weiter aus -, die hervorragende Arbeit leisteten, arbeiteten vorwiegend in Bereichen, die zukünftig nicht gefördert würden. Schon heute nähmen die regionalen Geschäftsstellen mit der Abwicklung des Zukunftsprogramms Wirtschaft Aufgaben wahr, die außerhalb der Förderung durch den EFRE lägen. Künftig werde für die regionalen Geschäftsstellen nur ein kleiner Teil aus EFRE-Mitteln zu bestreiten sein. In den letzten Jahren seien circa 1.000 Projekte gefördert worden, davon seien in der laufenden Förderperiode rund 250 auf regionaler Ebene abgewickelt worden, nur zwei seien abgelehnt worden, was auch auf die Filterfunktion der Regionalstellen zurückzuführen sei. Künftig würden nur noch einzelne Projekte aufgrund ihrer Struktur überhaupt infrage kommen. Die Schwerpunkte der Europäischen Union seien nicht regionalisierbar, was sich zum Beispiel an den Fraunhofer-Institutionen zeige. Aus diesem Grund sei es Aufgabe einer zentralen Institution, die der Monitoringausschuss, der den bisherigen Begleitausschuss ersetzen solle, wahrnehmen könne. Bei dem Monitoringausschuss befinde man sich derzeit noch am Beginn der Planung.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer hebt Staatssekretär Dr. Nägele hervor, dass es am Ende des Beurteilungsprozesses nur zwei Anträge gegeben habe, die abgelehnt worden seien. Bisher seien die Regionalbeiräte aktiv bei der Tourismusinfrastruktur, der Hafeninfrastruktur, Aus- und Weiterbildung und die Regionalmanagements. Nach Brüsseler Vorgabe könne Infrastruktur aus dem EFRE nicht mehr gefördert werden. Diese Beschränkung gelte im Fall Schleswig-Holsteins auch für den Bereich der Aus- und Weiterbildung, da in diesem Bereich bisher nur Investitionen gefördert würden. Aus- und Weiterbildungseinrichtungen müssten aus anderen Quellen des Landeshaushalts gefördert werden. Übrig blieben die Altlastensanierung, die Regionalmanagements und die nachhaltige Stadtentwicklung. Altlastensanierung und nachhaltige Stadtentwicklung seien Teil der Integrierten Territorialen Investitionen (ITI). Regionalmanagement bestehe aus einzelnen Anträgen, die sicher nach wie vor angenommen würden, aber keinen Verbleib der regionalen Geschäftsstellen erforderten.

Auf eine weitere Frage des Abg. Dr. Breyer zu der Aussage der Landesregierung, an einer reduzierten Förderung festzuhalten, betont Staatssekretär Dr. Nägele, dass man zwei Möglichkeiten habe, die kommunalen und regionalen Ebenen in den Monitoringausschuss einzubinden: Entweder die vier Regionen fänden sich mit jeweils einem Vertreter im Monitoringausschuss zusammen, was - das sei das Angebot der Landesregierung - in den Regionen durch die Zurverfügungstellung einer halben Stelle unterstützt werden könne. Alternativ könnten der Landkreistag oder andere kommunale Vertretungen im Monitoringausschuss vertreten sein. Die Vertreter der Querschnittsziele hätten ebenfalls eine Unterstützung durch die Landesregierung erbeten. In anderen Ländern gebe es eine derartige Unterstützung.

Im Hinblick auf die von Abg. Damerow angesprochene Aufteilung der 80%-Förderung, die festgelegt sei, führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass es zumindest im Hinblick auf die CO₂-Reduktion eine Vorgabe in Höhe von mindestens 20 % gebe. Man beabsichtige, bis Ende Dezember das Verfahren abgeschlossen zu haben.

Die Größe des Monitoringausschusses - so erläutert Staatssekretär Dr. Nägele auf eine weitere Frage der Abg. Damerow - werde hauptsächlich von der Landesregierung bestimmt. Wichtig sei, dass die genannten Querschnittsziele sowie die Wirtschafts- und Sozialpartner ebenso vertreten seien wie die kommunale und regionale Ebene. Der Begleitausschuss werde sich eine eigene Geschäftsordnung geben. Der derzeit vorliegende Verordnungsentwurf lasse in dieser Hinsicht einen großen Spielraum. Eine genaue Regelung werde Teil des Operationellen Programms, das dem Landtag zu gegebener Zeit zur Verfügung gestellt werde.

Abg. Beer interessiert, ob es im Bereich der Förderung von Forschung, Technologie und Innovation auch vorgesehen sei, Speichertechnologien zu fördern. - Staatssekretär Dr. Nägele weist auf die derzeit herrschende fünffache Überzeichnung der Programme hin. Das Thema Speichertechnologie habe für die Landesregierung eine herausragende Bedeutung, einen Umstand, den man auch an der Wind-Wasserstoff-Studie erkennen könne. Erst die Speicherung mache die wirtschaftliche Nutzung der Energieressourcen des Landes möglich. Die Förderung gehöre in das thematische Ziel 4. Man bemühe sich um die Fertigstellung eines Operationellen Programms, das dann auch diskutiert werden könne.

Abg. Damerow möchte wissen, welche Kosten bei der Landesregierung für die Umsetzung des Monitoringausschusses entstünden, der Aufgaben wahrnehmen werde, die bisher von den Regionalbeiräten geleistet würden. - Staatssekretär Dr. Nägele weist auf die Unterschiedlichkeit der alten und neuen Operationellen Programme hin. Ministerielle Aufgaben würden generell nicht aus Mitteln der technischen Hilfe finanziert. Die Vorbereitung des Monitoringausschusses werde aus dem Wirtschaftsministerium ohne Mittel aus der technischen Hilfe

geleistet. Die 4 % Mittel für die technische Hilfe seien deutlich überzeichnet, weil die Abwicklung durch die Investitionsbank und die WTSH für das Land auch Kosten verursachten.

Frau El Samadoni, die zuständige Europa-Referentin beim Schleswig-Holsteinischen Landkreistag, führt aus, sie spreche als Vertreterin der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Landesverbände. In einem Rückblick unterstreicht sie, dass die Verbände bereits im Jahr 2010 Planungen für das Ende der Förderperiode 2013 und den Beginn der neuen EU-Förderperiode ab 2014 gemacht hätten. Es sei ein entsprechendes Positionspapier erstellt worden, bei dem es vor allem um die Punkte Infrastrukturförderung - zum Beispiel gewerbenahe Infrastruktur oder Tourismusinfrastruktur - und die Sicherung und Stärkung der Mitbestimmung der lokalen Ebene gehe. Aus Sicht der kommunalen Landesverbände habe der empfehlende Charakter der Regionalbeiräte nicht ausgereicht. Aus diesem Grund habe man für die Einrichtung regionaler Budgets geworben - auf diesem Weg befinde sich nun auch die EU -, die aus Sicht der kommunalen Landesverbände die nachhaltigste Art der Förderung seien und eine Beteiligung der lokalen Ebene über legitimierte Vertreter sicherstellten. Problematisch sei, jetzt die Operationellen Programme vor der Verabschiedung des Haushalts und des Abschlusses der Gespräche festzuzurren. Eine Erstellung der Operationellen Programme sei dennoch nötig, um im Jahr 2014 mit der Förderung beginnen zu können. Die ursprünglichen Entwürfe der Europäischen Kommission hätten ganz erhebliche Einschnitte an dem Punkt enthalten, wo vorgesehen gewesen sei, EFRE-Förderung in stärkeren Gebieten grundsätzlich auszuschließen. Aus den von den kommunalen Landesverbänden geführten Gesprächen in Brüssel habe sich jetzt aber ergeben, dass erwogen werde, die entsprechende Passage in der Strukturfondsverordnung wieder zu streichen, was dafür spreche, dass die Dinge im Fluss seien.

Die ursprünglichen Planungen hätten - so führt Frau El Samadoni weiter aus - die kommunalen Interessen an einer Infrastrukturförderung nicht berücksichtigt, neuere Entwicklungen zeigten jedoch, dass dies unter Umständen möglich sei. Man erwarte jetzt, dass man sich darüber Gedanken mache, wie Infrastrukturinvestitionen eingebunden werden könnten, und dies auch mit den Betroffenen diskutiert werde. Die Integrierte Territoriale Investition sei als Instrument sehr zu begrüßen. Eine Unterstützung mit 16 % des Programmvolumens sei ebenfalls begrüßenswert. Es reiche jedoch nicht aus, nur den EFRE einzubeziehen, vielmehr müsse eine fondsübergreifende Förderung stattfinden, es müsse also zum Beispiel auch der ELER mit einbezogen werden. Fondsübergreifende Ansätze seien jedoch bisher nicht zu erkennen.

Die weitere Frage - so fährt Frau El Samadoni in ihrer Stellungnahme fort - sei, wie die ITI ausgerichtet werden solle. Die EU lasse bisher offen, wer die Förderentscheidungen treffe. Die kommunalen Landesverbände hegten die Erwartung, dass wesentliche Impulse von der regionalen Ebene Berücksichtigung finden sollten. Die lokale Entwicklungsstrategie sollte

auch von lokalen Akteuren entwickelt werden. Landesplanung und Regionalplanung sollten aufeinander abgestimmt werden, und dies solle zudem mit einer Entwicklungsstrategie unterlegt werden, die auch Förderung vorsehe. Zentral wichtig sei die Entscheidungsbefugnis auf der lokalen Ebene. Problematisch sei in der Vergangenheit gewesen, dass das Operationelle Programm inhaltlich in vielen Bereichen nicht mehr das vorsehen könne, was aus Sicht der Kommunen einen Schwerpunkt der Förderung ausmachen solle. Darüber hinaus habe es eine Diskussion um die Mitbestimmungsstrukturen gegeben. Ein zentrales Gremium mit Entscheidungsbefugnissen werde aus Sicht der Kommunen Konflikte auf lokaler Ebene verursachen, da die Entscheidungen eigentlich auf dieser Ebene getroffen werden müssten. Bei einer landesweiten Betrachtung könnten zudem Konkurrenzen entstehen. Das Einbringen der Vorstellungen von der regionalen Ebene im Hinblick auf die strategische Entwicklung sei bei einer Abschaffung der Regionalbeiräte unterbunden. Natürlich bestehe die Möglichkeit einer freiwilligen Organisation, es sei jedoch die Frage, ob dies vor dem Hintergrund der Konsolidierungsnotwendigkeit in den Kreisen und kreisfreien Städten angemessen sei. Zudem sei die Arbeit der Geschäftsstellen recht erfolgreich gewesen. Dies müssen man vor allem vor dem Hintergrund der Förderhöhe der Geschäftsstellen von maximal 42.000 € betrachten. Wichtig bei den Integrierten Territorialen Investitionen sei, dass widerspiegelt werde, welche Infrastrukturen, deren Förderung man nach derzeitigen Erkenntnissen erwarte, tatsächlich gefördert würden. Das Operationelle Programm dürfe nicht weiter gehen als die Verordnung der Europäischen Kommission. Für die Integrierten Territorialen Investitionen sollte es Budgets auch auf der lokalen Ebene geben, für die Gremien auf lokaler Ebene auch echte Entscheidungsbefugnisse haben sollten.

Auf eine Nachfrage der Abg. Poersch zu den unterschiedlichen Ebenen aus der europäischen Sicht präzisiert Frau El Samadoni, dass mit der regionalen Ebene aus Sicht der Europäischen Union die Bundesländer gemeint seien, während die lokale Ebene die Kommunen seien. Die bisherigen Regionalbeiräte seien jeweils für eine Teilregion des Landes zuständig. Somit stellten die Regionalbeiräte die Beteiligung der lokalen Ebene, also der Kommunen, sicher.

Staatssekretär Dr. Nägele führt aus, dass die regionale Beteiligung aus Sicht der Landesregierung schwierig sei, da die Integrierten Territorialen Investitionen 40 Millionen € umfassten. Bei einer Verteilung auf vier Regionen blieben pro Region 10 Millionen € über die Förderperiode von sieben Jahren übrig. Bei dem angestrebten Wettbewerb bleibe für einzelne Projekte quasi nichts mehr übrig. Die Kommission verlange Konzentration auf einzelne Projekte. Die Landesregierung plane, mit den kommunalen Landesverbänden zu besprechen, wie das Verfahren genau aussehen könne. Dabei werde man sich an den Vorgaben der Europäischen Kommission orientieren.

Auf eine weitere Frage der Abg. Poersch zu einer möglichen Förderung von Infrastruktur führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass die Europäische Kommission die Förderung von Infrastruktur in Gänze nicht habe ausschließen können. Dennoch müssten auch die Operationellen Programme durch die Kommission genehmigt werden, und die Kommission habe bereits klar gemacht, dass Infrastrukturförderung nur in den Regionen möglich sei, die nicht zu den besser entwickelten zählten. Wenn die Kommission im Rahmen des ITI Infrastrukturförderung ermöglich, werde das einen sehr kleinen Anteil ausmachen. Euphorie sei vor diesem Hintergrund unangebracht. Zudem sei das Land nicht allein von Förderung aus dem EFRE abhängig. Es gebe auch Fördermöglichkeiten durch den Landeshaushalt, zum Beispiel über die Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Häfen und touristische Infrastruktur müssten selbstverständlich weiter gefördert werden. Ein Regionalbeirat könne zukünftig keine Mittel der Europäischen Union mehr ausgeben, aus diesem Grund sei er auch entbehrlich.

Staatssekretär Dr. Nägele kommt auf ein Schreiben von EU-Kommissar Hahn an den Ministerpräsidenten zu sprechen, in dem dieser deutlich mache, dass die Kommission erwarte, dass sich in Vorbereitung auf die Operationellen Programme die Bemühungen der Politik auf wenige Ziele konzentrierten. Dabei sollte die Anzahl der beteiligten Akteure auf allen Politik-ebenen reduziert werden. Das Ministerium habe bereits insofern darauf reagiert, als es die Strukturen schlanker gestalte. Das betreffe auch die Investitionsbank und die WTSH. Damit solle in keinem Fall kommunale Beteiligung reduziert werden, diese solle jedoch neue Formen finden. Dabei sei der Monitoringausschuss aus Sicht der Landesregierung eine geeignete Form.

Auf eine Frage des Abg. Dr. Breyer zum Einfluss der Stellungnahmen auf die Entscheidungen auf regionaler Ebene führt Frau El Samadoni aus, dass die Entscheidung schon immer auf Landesebene getroffen worden sei und die Regionalbeiräte nur einen empfehlenden Charakter hätten. Die Stellungnahmen hätten insofern einen Einfluss, als von den Empfehlungen nicht abgewichen worden sei. Ursache dafür sei, dass auch im Vorwege Gespräche geführt worden seien, um von vornherein nicht förderfähige Anträge auszusortieren. Diese Arbeit müsste zukünftig woanders geleistet werden, insofern sehe sie auch keinen Einspareffekt.

Einleitend zu seiner Stellungnahme führt Herr Faber, Vorsitzender des Regionalbeirates Nord, aus, dass man im Frühjahr im Regionalbeirat eine Diskussion geführt habe. Der Überschrift des zugrunde liegenden Antrags der CDU-Fraktion könne man sich anschließen, jedoch dem Inhalt nicht in voller Gänze. Die Region Nord schaue auf viele erfolgreiche Projekte zurück, die zu einem nicht unerheblichen Teil infrastruktureller Art gewesen seien. In der Diskussion im Regionalbeirat habe man auf den angekündigten Paradigmenwechsel zur verstärkten För-

derung auf drei Förderschwerpunkte die Meinung vertreten, dass man die Strukturen an die neuen Gegebenheiten anpassen müsse. Die Anpassung müsse allerdings so stattfinden, dass regionale Teilnahme auch weiterhin stattfinden könne. Die derzeit vorhandenen Regionalbeiräte hätten unter Umständen auch Schwierigkeiten, die notwendige Spezialisierung aufzubringen für die vorgesehene Konzentration auf wenige Förderschwerpunkte. Gleichzeitig habe man klar artikuliert, dass man eine regionale Teilhabe brauche. Wichtig sei, dass eine intelligente Projektentwicklungskapazität vor Ort existiere. Der Wunsch sei, sich in Beratungen darauf zu konzentrieren, wie man die fachliche Spezialisierung vor Ort erreichen könne. Aus seiner Sicht als Oberbürgermeister der Stadt Flensburg unterstreicht er, dass die drei Förderschwerpunkte sehr gut zur Stadt Flensburg passten.

Herr Dr. Hett, Mitarbeiter der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Brunsbüttel, unterstreicht, dass man die Regionalförderung als Wirtschaftsförderungsaufgabe sehe. Das werde auch in Zukunft so sein, es stelle sich nur die Frage, ob die Kapazitäten auch in Zukunft vorhanden seien, diese Aufgabe adäquat zu erfüllen. Sodann referiert er Kerndaten zu der Arbeit der Projektstellen. Von 2007 bis 2013 seien 250 Projekte mit einem Volumen von 70 Millionen € bewilligt worden. Es seien 135 Millionen € Förderung ausgelöst worden. Die Geschäftsstelle Nordwest habe rund 2 % der Fördersumme als Zuschuss erhalten. Insgesamt hätten die Geschäftsstellen rund 2 Millionen € gekostet. Der Rest sei von den Kreisen beigesteuert worden. Es habe sich im Laufe des Verfahrens herausgestellt, dass man den Beiräten nur Projekte präsentieren könne, von denen man ausgehe, dass sie auch genehmigt würden. Gleichzeitig habe auch vorher eine Befassung der Regionalbeiräte mit den Themen stattgefunden. Bei nicht förderfähigen Projekten habe man die Antragsteller gebeten, ihre Anträge entsprechend zu modifizieren. Er streicht heraus, dass auch zukünftig die Beteiligung der regionalen Ebene, angepasst an die neuen Förderrichtlinien, gewährleistet sein müsse. Der wesentliche Grund sei, dass die Wirtschaftsförderung die Wirtschaft stützen und optimieren wolle. Dabei gebe es den Grundsatz, das verborgene Wissen der Regionen zu heben und zu fördern. Er erläutert seine Ausführungen anhand des Beispiels Energiespeicherung. Wichtig sei, die zum Beispiel in Dithmarschen und Nordfriesland vorhandenen Erfahrungen in diesem Bereich zu nutzen, was nur über die Regionen in Form von kommunaler Beteiligung passieren könne. In Zukunft gehe es nicht mehr um Infrastruktur, sondern um die bereits genannten Themenschwerpunkte, in denen sich die Regionalbeiräte aber bereits betätigt hätten. So habe zum Beispiel die Raffinerie in Heide ein Wärmeauskopplungsprogramm umgesetzt. Dieses Projekt sei maßgeblich von der Projektgesellschaft Norderelbe gemanagt worden.

Auf eine Frage der Abg. Poersch zu den Möglichkeiten der Förderung der von Herrn Dr. Hett genannten Beispiele wie den Technologiezentren im Kreis Dithmarschen führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass diese Beispiele wesentliche Marksteine der letzten Jahre gewesen seien.

Eine Förderung wie bisher sei zukünftig nicht möglich. Ein weiteres genanntes Beispiel, die Gesellschaft für Marine Aquakultur, könne auch weiterhin unterstützt werden. Wichtig sei, zwischen europäischer Förderung und den Aufgaben der regionalen Wirtschaftsförderung zu trennen und zu eruieren, was die Kernaufgaben regionaler Wirtschaftsförderung seien. Diese Meinung werde auch vom Landesrechnungshof geteilt. Als problematisch nehme man wahr, dass die Regionalbeiräte Regionen verträten, die ansonsten im Land nicht vorkämen, weil die vorhandenen regionalen Zuschnitte in anderer Hinsicht davon abwichen. Aus diesem Grund könne es sinnvoll sein, über neue Zuschnitte nachzudenken. Zukünftig werde es zum Beispiel im Zusammenhang mit ITI Gewinnerregionen geben, die Mittel aus der technischen Hilfe zur Verfügung gestellt bekommen würden, um die Maßnahmen, aufgrund derer sie den Wettbewerb überhaupt gewonnen hätten, umsetzen zu können. Im weiteren Verfahren müsse eruiert werden, wie man weiter vorgehen könne, dabei sei es wichtig, sich neue Spielräume zu schaffen. Selbstverständlich trage man gemeinsam Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Geschäftsstellen.

Abg. Beer interessiert, inwieweit die regionalen Partner in die Schaffung des Monitoringausschusses und dessen Geschäftsgrundlage eingebunden seien.

Staatssekretär Dr. Nägele führt dazu aus, dass der heute bestehende Begleitausschuss selbstverständlich über das Operationelle Programm befinden werde. Aus dem Begleitausschuss sei ein Lenkungsausschuss ausgekoppelt worden, in dem sowohl die Querschnittsziele Umwelt und Gleichstellung, die Wirtschafts- und Sozialpartner als auch die lokale Ebene vertreten seien. Dieses Gremium und der Begleitausschuss würden darüber entscheiden, wie die Beteiligungsstrukturen im Monitoringausschuss künftig aussehen würden. Die zu beratenden Vorschläge würden dementsprechend auch mit einem Votum der kommunalen Seite versehen.

Abg. Damerow interessiert, inwieweit in die Überlegungen der Landesregierung auch die Westküste einbezogen sei und ob sich die Förderung dort auch an den neuen Förderzielen der EU ausrichte. - Staatssekretär Dr. Nägele weist auf die kürzlich geführte Diskussion mit der Europäischen Union dahin gehend hin, ob Nordfriesland überhaupt förderfähig sei, da die Europäische Kommission die Förderfähigkeit nach den Kriterien Pro-Kopf-Einkommen und Arbeitslosigkeit bestimme. Nach diesen Kriterien sei Nordfriesland nicht förderfähig, allerdings gebe es dort besondere Belastungen aufgrund der stattfindenden Konversion. Die Europäische Kommission gestatte in sehr geringem Umfang auch Ausnahmen, die jetzt genutzt werden sollten. Problematisch an den von der Europäischen Kommission angelegten Kriterien sei, dass in Nordfriesland der Nettomittelzufluss durch die Windenergie sehr groß sei, dieses Kapital aber nur sehr wenigen Menschen tatsächlich zugutekomme. Auch das Kriterium Arbeitslosigkeit sei bei dem stark saisonabhängigen Arbeitsmarkt in der Tourismusregion Nord-

friesland problematisch. Man bemühe sich, sicherzustellen, dass Nordfriesland künftig Fördergebiet bleibe.

Auf eine weitere Frage der Abg. Damerow zu der Tätigkeit des Beirats zur wirtschaftlichen Entwicklung der Westküste erläutert Staatssekretär Dr. Nägele, dass dieser in Kürze zum dritten Mal tagen und sich mit dem Themenschwerpunkt Breitband beschäftigen werde. Die Landesregierung plane, die Arbeit innerhalb von zwei Jahren abzuschließen und dem Landtag dann zu berichten.

Auf eine Frage des Abg. Voß zum ITI und dessen Struktur führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, man werde dafür einen Rahmen im Operationellen Programm schaffen, der sich an bestimmten thematischen Zielen und Investitionsprioritäten ausrichten werde. Man werde dann ein Verfahren beschreiben, wie der Wettbewerb gestaltet werden solle. Nach der jetzigen Vorstellung handele es sich dabei um ein zweistufiges Verfahren, in dessen erster Stufe eine Vorsortierung erfolgen und in der zweiten Stufe unter Beteiligung der kommunalen Partner ein Wettbewerb stattfinden solle. In dem Prozess gehe es auch darum, die anderen Ressorts zu berücksichtigen. Die Landesregierung habe den Anspruch, eine möglichst breite Beteiligung sicherzustellen.

Auf eine weitere Frage des Abg. Voß zu einer möglichen Verbesserung der Qualität der Programme führt Frau El Samadoni aus, dass es aus ihrer Sicht zielführend sei, Förderung nicht nur einzelnen Projekten zuteilwerden zu lassen, sondern damit langfristige Strategien zu verfolgen. Eine strategische Entwicklung garantiere auch eine gewisse Nachhaltigkeit, die die Qualität verbessern werde. Das liege aber nicht am Wettbewerb an sich, sondern an der Einbettung in eine strategische Entwicklung. Insofern spricht sie sich auch dafür aus, verstärkt zu fondsübergreifender Förderung zu kommen. Insgesamt sei aber auch die bisherige Förderung von Einzelfällen abgesehen qualitativ hochwertig. Die Mitbestimmungsstrukturen hätten auch bisher gewährleistet, dass gezielt gefördert worden sei. Die Tatsache geringer werdender Mittel sollte alle beteiligten Akteure dazu motivieren, diese möglichst nachhaltig einzusetzen. Hier sei eine Strategie das optimale Instrument. Bei einer fondsübergreifenden Betrachtung unter Berücksichtigung der Tatsache, dass eine Strategie auch die Möglichkeit biete, GRW-Mittel einzubeziehen, entstehe auch ein deutlich größeres Fördervolumen. Sie unterstreicht, dass die kommunale Vielfalt, die zum Beispiel auch Herr Faber als Regionalbeiratsvorsitzender einerseits und Oberbürgermeister andererseits repräsentiere, nur schlecht in einer zentralen Struktur unterzubringen sei. Aus diesem Grund spricht sie sich dafür aus, mehr als ein zentrales Mitbestimmungsorgan zu schaffen.

Abg. Wiegard merkt kritisch an, dass die Abschaffung von vorhandenen dezentralen Strukturen, die auch Netzwerkcharakter hätten, viel schneller zu bewerkstelligen sei als ihr Aufbau, und gibt seiner Befürchtung Ausdruck, dass nach einer Abschaffung eine Wiederherstellung quasi nicht möglich sei. Er spricht sich dafür aus, die bestehenden Netzwerke zu erhalten und auch für zukünftige Aufgaben zu nutzen.

Abg. Weber unterstreicht, dass es nicht darum gehe, bestehende Netzwerke zu zerstören, sondern vielmehr darum, bisher von der EU finanzierte Organisationsstrukturen abzuschaffen, die künftig nicht mehr finanziert werden könnten und sollten. Netzwerke könnten auch mit einem geringeren Grad an Institutionalisierung weiter existieren. Es sei eine wichtige Botschaft, Netzwerke nicht zu gefährden, da diese in zahlreichen Zusammenhängen hilfreich seien, zum Beispiel auch bei der Antragsakquise. Sinnvoll sei, Netzwerke zu nutzen, um Potenziale zu heben. Er verstehe die Erläuterungen von Staatssekretär Dr. Nägele so, dass die Finanzierung anders aussehen müsse. Die Frage von Wettbewerbsfähigkeit bei derartigen Projekten sei ein spannendes Thema. Zahlreiche Beispiele im Land zeigten, dass die wettbewerbliche Situation nicht prinzipiell nachteilig sei, zum Beispiel im Bereich Wissenschaft und Hochschulen.

Abg. Voß hebt hervor, dass es darum gehe, die Beteiligung von Kommunen und der Zivilgesellschaft effizient weiterzuentwickeln. Auf eine Frage des Abg. Voß zur Förderung von bestimmten von Herrn Dr. Hett genannten Projekten hebt Staatssekretär Dr. Nägele hervor, dass es sich beim Technologiezentrum um Infrastruktur handle, die unter den neuen Bedingungen so nicht gefördert werden könne. Man wolle darüber hinaus die regionalen Strukturen nicht abschaffen, es bestehe aber die Notwendigkeit, sie zu überdenken. Die Regionalbeiräte seien in der derzeitigen Form nur deshalb entstanden, weil es Förderung in Form von Stellen dafür gegeben habe. Es sei Aufgabe der regionalen Wirtschaftsförderung, Dinge zu organisieren. Nicht vermischen dürfe man die Diskussion um die Finanzierung von bestimmten Strukturen mit den Aufgaben an sich. Die Landesregierung stelle die Aufgaben nicht infrage, wohl aber die Finanzierung. Innerhalb des Monitoringausschusses solle es eine regionale Vertretung geben, die in begrenztem Umfang auch vom Land finanziert werde.

Zur Öffentlichkeitsbeteiligung führt Staatssekretär Dr. Nägele aus, dass es dazu von der Kommission vorgeschriebene Verfahren gebe. Im Mittelpunkt stehe der Begleitausschuss. Die Landesregierung plane zudem, auch das Parlament zu beteiligen, was auch zu mehr Transparenz führen solle. Ein darüber hinausgehender Beteiligungsprozess sei nicht geplant.

Der Vorsitzende bittet die Landesregierung darum, dem Ausschuss das Schreiben von EU-Kommissar Hahn an den Ministerpräsidenten zur Verfügung zu stellen.

Punkt 2 der Tagesordnung

Schwerpunkte der Litauischen Ratspräsidentschaft

Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)

Einleitend zu ihrem mündlich gestellten Antrag führt Abg. Beer aus, sie bitte die Landesregierung um eine Einschätzung der Schwerpunkte der Litauischen Ratspräsidentschaft in schriftlicher Form. Man könne aus ihrer Sicht in diesem Zusammenhang nicht auf den schriftlichen Bericht der Landesregierung zum Ende des Jahres warten.

Der Vorsitzende weist auf die von der Landesregierung zur Verfügung gestellten Schwerpunkte der Litauischen Ratspräsidentschaft, Umdruck 18/1598, hin.

Abg. Dr. Klug hebt hervor, dass der entscheidende Informationsaustausch in der geplanten Veranstaltung am 9. September stattfinden müsse und man aus diesem Grund seiner Ansicht nach die heutige Beratung kurz fassen könne.

Herr Pfannkuch, Referent im Referat Europapolitik im Ministerium für Justiz, Kultur und Europa, erläutert zum Papier zu den Schwerpunkten der Litauischen Ratspräsidentschaft, Umdruck 18/1598, dass diese regelmäßig veröffentlicht würden und durchaus eine Akzentuierung des Ratsvorsitzes widerspiegeln. Gleichzeitig nehme dies aber auch Bezug auf die Schwerpunkte der jeweiligen Ratsformationen. Jede Ratspräsidentschaft sei bemüht, Schwerpunkte für sich festzulegen, die sich aus den jeweiligen politischen Schwerpunkten der Ratsformation ergäben. Er weist darauf hin, dass mit dem Vertrag von Lissabon ein Bedeutungsverlust der Europäischen Ratspräsidentschaft einhergegangen sei. Die früher von den EU-Ratspräsidentschaften wahrgenommene Funktion, EU-Gipfel in ihrem Heimatland auszurichten, sei komplett entfallen. Die Ratspräsidentschaft habe in ihrer politischen Wirkung deutlich gegenüber ihrer früheren Bedeutung verloren. Es handle sich jetzt um eine hauptsächlich moderierende Funktion. Aus diesem Grund gebe das Papier mit den Schwerpunkten der Litauischen Ratspräsidentschaft nur eine Momentaufnahme der Themen wider, die derzeit auf Ministerratebene in der Europäischen Union behandelt würden. Die Landesregierung werte aus diesem Grund diese Punkte nicht gesondert aus, da diese ohnehin Bestandteil der üblichen Beratung von Kommissionsvorlagen seien. Das Hanse-Office nehme in diesem Zusammenhang eine Beobachtungsfunktion wahr. Im Bericht zum Legislativ- und Arbeitsprogramm der Europäischen Union, der dem Europaausschuss zur Verfügung gestellt werde, sei die Situation eine andere.

Herr Pfannkuch weist auf den hohen administrativen Aufwand für die kleinen europäischen Mitgliedstaaten hin, der durch die Notwendigkeit der Vorbereitung der Tagung des Europäischen Rates und durch das die Ratspräsidentschaft begleitende Kulturprogramm erzeugt werde.

Der Ausschuss kommt überein, zu den im Umdruck 18/1590 von Frau Beer explizit benannten Themen die Landesregierung aufzufordern, schriftlich zu berichten. - Herr Pfannkuch weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass die im Antrag von Abg. Beer genannten Aspekte von Management von EU-Außengrenzen nicht in die Zuständigkeit der Landesregierung falle. Eine vertiefte Auswertung sei aus seiner Sicht durch die Landesregierung nicht möglich. - Abg. Beer bittet darum, dies in dem zu erstellenden schriftlichen Bericht kurz entsprechend zu vermerken.

Punkt 3 der Tagesordnung

Prüfung der Wahrung der Subsidiarität

[Umdruck 18/1659](#)

Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Aufhebung des Beschlusses 2007/124/EG, Euratom des Rates (KOM(2013) 580)

Antrag der Abg. Angelika Beer (PIRATEN)

Abg. Poersch regt an, in einem Gespräch der europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher zu eruiieren, inwieweit man den Umgang mit Vorlagen, die im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems dem Ausschuss zur Verfügung gestellt würden, optimieren könne.

Abg. Damerow regt an, dieses Gespräch auch mit Beteiligung der Landtagsverwaltung zu führen.

Abg. Beer plädiert dafür, in diesem Zusammenhang auch den Kontakt zum Sonderausschuss „Verfassungsreform“ zu suchen, in dem dieses Thema ebenfalls behandelt werde.

Abg. Poersch spricht sich dafür aus, zu gegebener Zeit auch das Gespräch mit der Landesregierung zu diesem Thema zu suchen. - Abg. Damerow schlägt vor, zunächst ein informelles Gespräch der europapolitischen Sprecherinnen und Sprecher zu führen, in dem man sich auf das weitere Vorgehen und eventuell zusätzlich einzubeziehende Gesprächspartner einigen könne.

Abg. Voß weist auf die Entwicklung im Hinblick auf das Frühwarnsystem hin. Ihn interessiert, inwieweit man auch die Tätigkeit anderer Bundesländer bei der Besprechung berücksichtigen könne. Er regt an, dem Ausschuss eine Übersicht zur Verfügung zu stellen, inwiefern andere Landtage im Rahmen des Subsidiaritätsfrühwarnsystems bereits Warnungen ausgesprochen hätten. Zudem weist er auf die politische Bedeutung des Subsidiaritätsfrühwarnsystems jenseits der rechtlichen Bedeutung und auf langfristig angelegte Gesetzgebungsvorhaben hin, auf die man auch als Landesparlament Einfluss nehmen könne.

Der Ausschuss nimmt [Umdruck 18/1659](#) abschließend zur Kenntnis.

Punkt 4 der Tagesordnung

Veranstaltungen des Europaausschusses

Der Vorsitzende weist auf diverse Veranstaltungen des Europaausschusses, unter anderem die geplante Informationsreise nach Brüssel und das gemeinsam mit der Europaunion veranstaltete Ostseeforum, hin.

Abg. Dr. Klug spricht sich dafür aus, im Rahmen der Informationsreise in Brüssel auch die Förderung und Planungen für die neue Förderperiode ab 2014 in den Fokus der Beratungen zu rücken.

Punkt 5 der Tagesordnung

Bundesratsangelegenheiten

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass bedingt durch die aktuell stattfindende Sommerpause des Bundesrates keine Vorlage eingegangen sei.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Abg. Poersch plädiert dafür, dass sich der Europaausschuss in seiner kommenden Sitzung Ende Oktober mit dem Maritimen Aktionsplan auseinandersetzen und dazu auch die Landesregierung einladen solle. Der Ausschuss kommt überein, so zu verfahren.

Der Vorsitzende, Abg. Lehnert, schließt die Sitzung um 12:10 Uhr.

gez. Peter Lehnert
Vorsitzender

gez. Thomas Wagner
Geschäfts- und Protokollführer